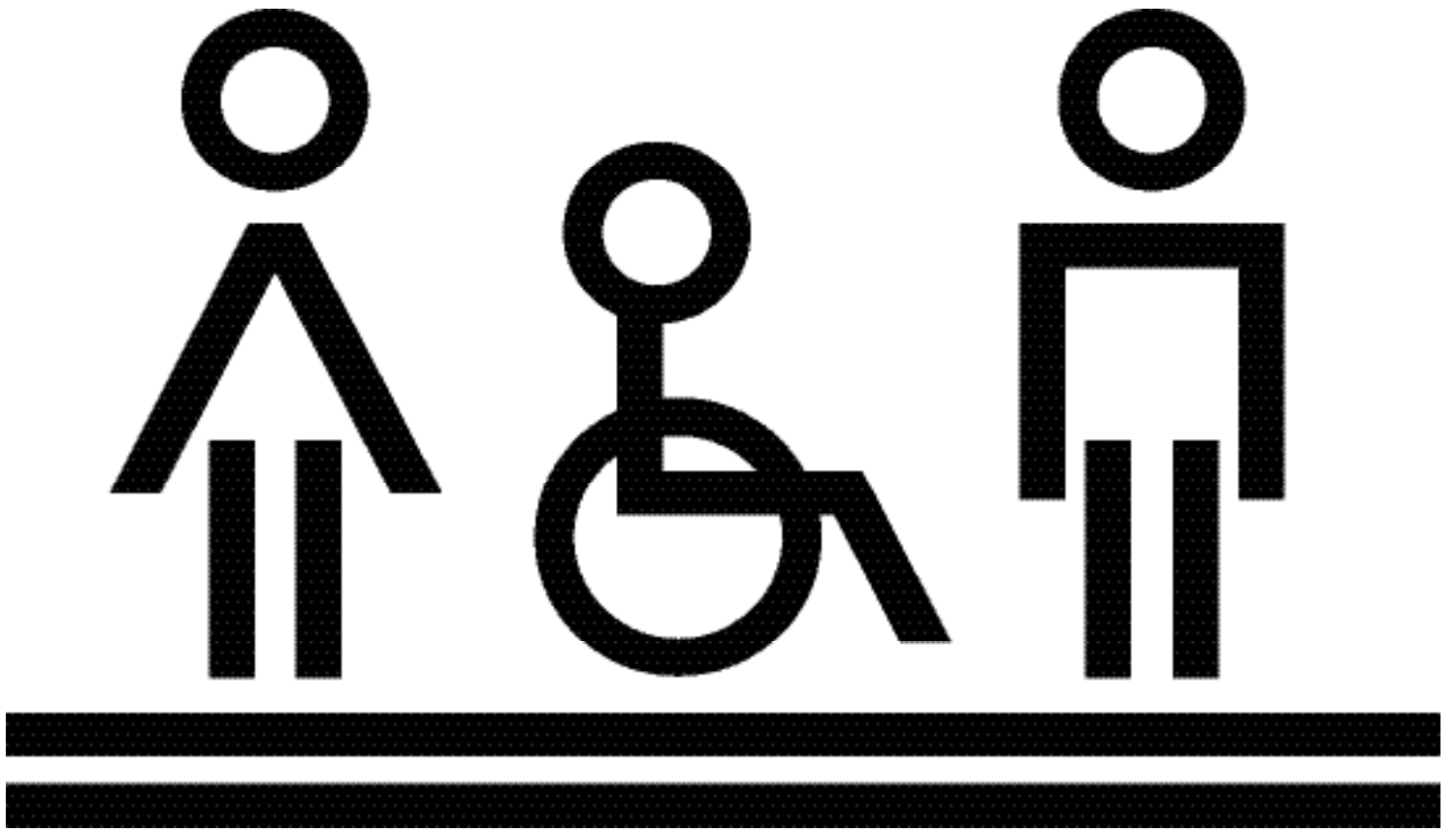




ABS

NEWSLETTER

**Information der
Arbeitsstelle Barrierefreies Studium (ABS)
02/2025**

THEMENÜBERSICHT

(HOCHSCHUL-)POLITIK

- Koalitionsverhandlungen: UN-Behindertenrechtskonvention muss Richtschnur sein
- Kritik von Roland Rosenow an Forderungen der überörtlichen Sozialhilfeträger
- Bericht über Barrierefreiheit von Websites und mobiler Anwendungen öffentlicher Stellen
- BVL: „Dringender Reformbedarf zur Bildungsgerechtigkeit bei Legasthenie und Dyskalkulie“ – ein Appell an die Politik
- Jürgen Dusel zum Global Disability Summit: Demokratie braucht Inklusion

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

- „Beratungsstelle Barrierefreiheit“ der Architektenkammer Bayern: Informationsmaterialien zur digitalen Barrierefreiheit
- Neue NRW-Karte erleichtert Zugang zur lokalen Behindertenpolitik
- Filmneuerscheinung: WIR WOLLEN MEHR – Arbeit ohne Barrieren

TERMINE

- Digitales Karriere Café in Deutschland „Inklusion neu gedacht mit KI als Chance“

(HOCHSCHUL-) POLITIK

KOALITIONSVERHANDLUNGEN: UN-BEHINDERTENRECHTSKON- VENTION MUSS RICHTSCHRUR SEIN

Berlin (kobinet) Wenn Vertreter*innen verschiedener Arbeitsgruppen zwischen CDU, CSU und SPD in diesen Tagen in Berlin den Koalitionsvertrag verhandeln, dann geht es in Sachen Behindertenpolitik entscheidend darum, ob die Regelungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die mit der Ratifizierung von 2009 geltendes Recht in Deutschland sind, die Richtschnur für die Ziele und Formulierungen im Koalitionsvertrag sind oder ob sich die Aussonderungslobby von Förderschul-, Wohneinrichtungs- und Werkstattbetreibern sowie Barrierenbeharrer wieder einmal für den Erhalt ihrer Systeme und Strukturen gegen die Förderung der Selbstbestimmung, Barrierefreiheit und Inklusion durchsetzen. So bringt es kobinet-Redakteur Ottmar Miles-Paul in seinem Kommentar zu den laufenden Verhandlungen für den Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung auf den Punkt.



- [Link zu den Formulierungsvorschlägen der LIGA Selbstvertretung für den Koalitionsvertrag](#)

(HOCHSCHUL-) POLITIK

KRITIK VON ROLAND ROSENOW AN FORDERUNGEN DER ÜBER- ÖRTLICHEN SOZIALHILFETRÄ- GER

March (kobinet) Zum Beginn der Koalitionsverhandlungen für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) ein Papier mit Forderungen nach einer Reform des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) veröffentlicht. „Die BAGüS gibt vor, ihre Vorschläge stimmten mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) überein. Doch faktisch bedeutet das Papier nichts anderes als eine Rolle rückwärts. Die BAGüS will die Leistungen der Eingliederungshilfe weitgehend auf stationäre Formen beschränken und diese ohne Rücksicht auf die individuellen Interessen der Betroffenen möglichst anstaltsförmig ausgestalten. Die Errungenschaften für Menschen mit Behinderungen durch das BTHG sollen rückabgewickelt werden. Menschen mit Behinderung sollen nicht selbst bestimmen, wo und wie sie wohnen, sie sollen den Entscheidungen der Träger der Eingliederungshilfe und der Einrichtungsträger unterworfen werden (...)“.



- [Link zum Artikel](#)
- [Link zum BAGüS Positionspapier](#)
- [Link zum Beitrag von Roland Rosenow](#)

(HOCHSCHUL-) POLITIK

BERICHT ÜBER BARRIEREFREIHEIT VON WEBSITES UND MOBILIER ANWENDUNGEN ÖFFENTLICHER STELLEN

Berlin (kobinet) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 5. März 2025 den Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die EU-Kommission zum Monitoring der Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen gem. Art 8 der EU-Richtlinie (EU) 2016/2102 an die Europäische Kommission übermittelt und diesen auch auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht. „Der Bericht ist von der Überwachungsstelle des Bundes für Barrierefreiheit von Informationstechnik (BFIT-Bund) in enger Zusammenarbeit mit den Überwachungsstellen der Länder erstellt worden. Er gibt die Prüfungsergebnisse für Websites und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen des Bundes sowie der Länder und Kommunen für den Berichtszeitraum 1. Januar 2022 - 22. Dezember 2024 wieder.



- [Link zum Artikel](#)
- [Link zu weiteren Infos und zum Bericht](#)

(HOCHSCHUL-) POLITIK

BVL: „DRINGENDER REFORMBEDARF ZUR BILDUNGSGERECHTIGKEIT BEI LEGASTHENIE UND DYSKALKULIE“ – EIN APPELL AN DIE POLITIK

„Trotz der Anerkennung von Legasthenie/ Dyskalkulie als Behinderungen im Sinne des Sozialgesetzbuches und der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-10), sind die bestehenden schulrechtlichen Regelungen in den Bundesländern unzureichend und diskriminierend.“, so der Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie (BVL) und seine Landesverbände (LVL). Sie appellieren an die Bildungspolitiker auf Bundes- und Landesebene, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die notwendigen schulrechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Chancengleichheit für alle Schüler*innen mit Legasthenie und Dyskalkulie zu gewährleisten. Die Studien zu „beeinträchtigt studieren“ (best, best2, best3) haben gezeigt, dass junge Menschen mit Legasthenie/Dyskalkulie durchschnittlich weniger häufig an einer Universität – Voraussetzung: i.d.R. Allgemeine Hochschulreife – und durchschnittlich deutlich häufiger an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften/Künste studieren als jene mit anderen Beeinträchtigungen.



Deutsches Studierendenwerk

- [Pressemitteilung des BVL](#)

(HOCHSCHUL-) POLITIK

JÜRGEN DUSEL ZUM GLOBAL DISABILITY SUMMIT: DEMOKRATIE BRAUCHT INKLUSION

Berlin (kobinet) Beim Global Disability Summit hat der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, so wie eine Vielzahl von Verbänden, die Möglichkeit zum internationalen Austausch genutzt. Gerade für Jürgen Dusel, der sich in den letzten Jahren nicht nur für die internationale Zusammenarbeit und das Engagement für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stark gemacht und sich in diesem Bereich einen Namen gemacht hat, ist die Tatsache, dass Deutschland Gastgeber der Global Disability Summit war, ein besonderes Ereignis, aber auch eine besondere Verpflichtung. Daher stellte er klar, dass Demokratie Inklusion brauche.



- [Link zum Artikel](#)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

„BERATUNGSSTELLE BARRIEREFREIHEIT“ DER ARCHITEKTENKAMMER BAYERN: INFORMATIONSMATERIALIEN ZUR DIGITALEN BARRIEREFREIHEIT

Mitglieder der Stiftung Pfennigparade – eine Bürgerbewegung zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen – haben für die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Architektenkammer Bayern eine Reihe übersichtlicher und leicht verständlicher Orientierungshilfen zur Umsetzung digitaler Barrierefreiheit aufbereitet. Regelmäßig berichtet ein Newsletter über aktuelle Entwicklungen im Bereich digitale Barrierefreiheit.



- [Informationen Beratungsstelle Barrierefreiheit](#)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

NEUE NRW-KARTE ERLEICHTERT ZUGANG ZUR LOKALEN BEHINDERTENPOLITIK

Immer mehr Menschen mit Behinderung engagieren sich im Rheinland politisch. Selbstvertretungen, politische Stammtische oder Beiräte gibt es in vielen Städten und Gemeinden. Dennoch sind diese Initiativen vor Ort häufig nicht ausreichend bekannt. Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe schafft nun Abhilfe: Sie hat eine interaktive Karte entwickelt, die Ansprechpersonen aller Städte oder Gemeinden in NRW anzeigt. Mit wenigen Klicks findet man die richtige Anlaufstelle vor Ort. Kontaktdaten können als PDF heruntergeladen werden.

Die neue NRW-Karte ist die erste vollständige Übersicht über die politischen Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderungen in den Kommunen und Kreisen.



- [Link zur NRW-Karte der LAG Selbsthilfe NRW](#)
- [Link zum LVR Newsletter soziales](#)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

FILMNEUERSCHEINUNG: WIR WOLLEN MEHR – ARBEIT OHNE BARRIEREN

Berlin (kobinet) Passend zum 16. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland hat die ARD den knapp 55 minütigen Dokumentation „WIR WOLLEN Mehr: Arbeit ohne Barrieren“ in die Mediathek der ARD eingestellt.

Am 16. April 2025 wird der Dokumentarfilm um 22 Uhr im Hessischen Rundfunk ausgestrahlt. „Alma und Sam träumen als junge Menschen mit Behinderung von echter Arbeit und echter Teilhabe. Sie möchten jenseits von Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten – und kämpfen um Inklusion und Gleichberechtigung. Dirk und Petra kämpfen um angemessene Bezahlung und Sarah und Kazim für eine Reform der Werkstätten von innen. Sie alle kämpfen dafür, die Wahl zu haben“, heißt es in der Ankündigung des Dokumentarfilms für den ausführlich recherchiert wurde.



- [Link zum Film in der Mediathek der ARD](#)
- [Link zum Artikel](#)

TERMINE

DIGITALES KARRIERE CAFÉ IN DEUTSCHLAND „INKLUSION NEU GEDACHT MIT KI ALS CHANCE“

Am 24.4. findet unser nächstes digitales Karriere Café statt zum Thema „Inklusion neu gedacht – Künstliche Intelligenz als Chance für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen“. Gemeinsam mit Vertreter:innen von Google laden wir ein, bieten Erfahrungswerte und Tipps sowie Anregungen zum Umgang mit KI im Arbeitsalltag. Unser Webinar wird bereichert um Impulse von Psychologin, Mental-Trainerin und Coach Carina von Stackelberg sowie einer myAbility Talent® Alumna als Expertin in eigener Sache.

Datum: 24. April 2025

Zeit: 16:30 bis 18:00

Ort: Online via Toom



- [Link zum Karrie-Newsletter](#)
- [Link zum Karriere-Cafe \(und Anmeldung\)](#)